PRESSEINFORMATION

Stellungnahme zum Bayerischen Agrarbericht 2026
23. Oktober 2026

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.
Landesverband Bayern

2.597 Höfe weniger – und die Staatsregierung nennt es Erfolg

AbL Bayern zum Agrarbericht 2026: Erstmals weniger als 100.000 Betriebe im Freistaat. Nicht die Bürokratie treibt das Höfesterben, sondern eine Politik des „Wachsens oder Weichens". Die AbL fordert einen Kurswechsel für Familienbetriebe, für Hofnachfolgerinnen und Existenzgründer und für eine klimafeste Landwirtschaft.

Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, Landesverband Bayern e.V. (AbL Bayern), wirft der Bayerischen Staatsregierung vor, das Höfesterben schönzureden. Laut dem 27. Bayerischen Agrarbericht, den Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber am 21. Oktober im Agrarausschuss des Landtags vorgestellt hat, ist die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe innerhalb von zwei Jahren um 2.597 auf 98.138 gesunken – erstmals unter die Marke von 100.000. Rechnerisch geben damit an jedem einzelnen Tag dreieinhalb Höfe in Bayern auf. Das Ministerium wertet in seiner Pressemitteilung die Tatsache, dass der Strukturwandel in Bayern „dennoch dem bundesweiten Schnitt entspricht", als Beweis für den „großen Erfolg der bayerischen Agrarpolitik". Die AbL hält diese Lesart für eine Verhöhnung der Familien, die ihre Höfe aufgeben mussten.

„Wenn in zwei Jahren 2.597 Höfe verschwinden und die Staatsregierung das als Erfolg verbucht, dann stimmt etwas mit dem Maßstab nicht", sagt Toni Wollschläger, Landesvorsitzender der AbL Bayern und Bio-Landwirt. „Die Ministerin sagt selbst, der Agrarbericht sei keine Erfolgsschau – ihr eigenes Haus macht trotzdem eine daraus. Hinter jeder dieser Zahlen steht eine Familie, ein Stall, der leer bleibt, und ein Dorf, das ärmer wird. Wer sich damit tröstet, dass es anderswo genauso schnell geht, hat sich mit dem Höfesterben abgefunden. Wir nicht."

Auch dass sich Ministerin Kaniber rühmt, fast jeder dritte landwirtschaftliche Betrieb Deutschlands liege in Bayern, lässt die AbL nicht gelten. Das ist kein Verdienst der bayerischen Agrarpolitik, sondern das Erbe einer über Generationen gewachsenen, kleinteiligen Agrarstruktur, die Bäuerinnen und Bauern oft gegen alle Widerstände erhalten haben.

Nur die Großen wachsen

Der Bericht zeigt deutlich, wohin die Entwicklung führt: Wie die Landtags-Grünen in ihrer Auswertung herausstellen, sinkt die Zahl der Betriebe in allen Größenklassen. Einzig bei den

Höfen mit mindestens 100 Hektar steigt sie, um knapp 4,8 Prozent. Für die AbL ist das genau jenes „Wachsen oder Weichen“, das die Staatsregierung nach eigenem Bekunden verhindern will. Die AbL Bayern teilt die Kritik der Landtags-Grünen ausdrücklich: Taktische Einzelmaßnahmen gebe es viele, eine Strategie für die nächsten Jahre und Jahrzehnte fehle.

„Bayern schmückt sich gern mit seinen kleinen Familienbetrieben. Aber die Zahlen sprechen eine andere Sprache: Wer klein oder mittel ist, verliert, wer groß ist, legt zu“, sagt Isabella Hirsch, Landesvorsitzende der AbL Bayern. „Das ist kein Naturgesetz. Es ist die Folge einer Förderung, die vor allem nach Fläche bezahlt, und von Märkten, auf denen Molkereien, Schlachthöfe und Lebensmittelhandel die Preise diktieren. Wer Höfe halten will, muss an diese Stellschrauben ran – und nicht nur an die Formulare.“

Hinzu kommt: Die Statistik beschönigt das tatsächliche Ausmaß des Höfesterbens. In der Zahl der Betriebe sind auch jene enthalten, die nur noch den Förderantrag stellen, um die Zahlungen für die ersten Hektare mitzunehmen. Diese Höfe existieren als bäuerliche Betriebe längst nicht mehr wirklich, ihre Flächen werden vom Lohnunternehmer oder vom Nachbarn bewirtschaftet. Im Grunde ist das nichts anderes als eine pauschale Flächenförderung ohne jede Berücksichtigung gesellschaftlicher Leistungen. Umso wichtiger wäre es, die Direktzahlungen konsequent degressiv zu staffeln und zu kappen. Leider sind Degression und Kappung nur noch die letzten Hoffnungsschimmer in einer GAP, die sich inzwischen weit von den anfänglich guten Vorschlägen entfernt hat.

Bürokratie als Sündenbock

Ministerin Kaniber nennt vor allem Bürokratie, fehlende Planungssicherheit und ständig wechselnde Vorgaben als Gründe dafür, dass zukunftsfähige Betriebe aufgeben. Die AbL Bayern unterstützt jeden sinnvollen Abbau unnötiger Dokumentationspflichten. Als Erklärung für das Höfesterben greift das aber zu kurz – und der Agrarbericht widerlegt es selbst: Die Haupterwerbsbetriebe erzielten im Wirtschaftsjahr 2024/25 im Schnitt rund 85.100 Euro Gewinn, 13 Prozent mehr als im Vorjahr, und gerade die Tierhalter profitierten von besseren Erlösen. Trotzdem sank der Rinderbestand zwischen 2023 und 2025 um rund 91.000 Tiere, und die Zahl der Milchviehhalter geht weiter zurück. Durchschnittswerte verdecken zudem, dass rund 64 Prozent der bayerischen Betriebe im Nebenerwerb geführt werden und viele Höfe dauerhaft am Limit wirtschaften. Ein gutes Preisjahr ist keine Agrarpolitik.

„Ich komme selbst vom Hof und weiß: Ein gutes Wirtschaftsjahr macht noch keine Zukunft“, sagt Peter Aigner, stellvertretender Landesvorsitzender der AbL Bayern. „Wenn trotz besserer Erlöse 91.000 Rinder aus Bayerns Ställen verschwinden, dann liegt das nicht am Papierkram. Es liegt daran, dass sich die Jungen fragen, ob sich diese Arbeit auf Dauer lohnt. Die Tierhaltung braucht kostendeckende Preise, verbindliche Lieferverträge mit den Molkereien und eine Investitionsförderung, die nicht nur den großen Wachstumsschritt belohnt, sondern auch den kleineren Betrieb mit Weide und Laufstall mitnimmt.“

Hofnachfolge braucht Land und Mut

Ministerin Kaniber will jungen Hofnachfolgern „wieder langfristiges Vertrauen“ geben. Konkrete Instrumente dafür nennt sie nicht. Die Junge AbL Bayern hat erst im September am Rande der Agrarministerkonferenz in Würzburg eine Existenzgründungsprämie und eine zielgerichtete Junglandwirteförderung in der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2027 gefordert. Ebenso entscheidend ist der Zugang zu bezahlbarem Boden: Steigende Kauf- und Pachtpreise und außerlandwirtschaftliche Investoren machen es jungen Menschen immer schwerer, einen Hof zu übernehmen oder neu zu gründen.

„Ich führe unseren Hof seit vier Jahren und kenne viele junge Menschen, die Bäuerin oder Bauer werden wollen – auch solche, die keinen Hof erben“, sagt Lucia Birkmeir, stellvertretende Landesvorsitzende der AbL Bayern und Bäuerin aus Gempfing. „Dieser Mut wird von der Politik bisher nicht belohnt. Eine Förderung nach Hektar gibt viel an wenige. Wir brauchen eine echte Existenzgründungsprämie, bezahlbaren Zugang zu Land und eine Junglandwirteförderung, die ihren Namen verdient. Sonst sitzen wir beim nächsten Agrarbericht wieder hier – mit noch weniger Höfen.“

Klimakrise und Ökolandbau: die blinden Flecken

Die Folgen des Dürrejahres 2026 sind in den Zahlen des Agrarberichts noch gar nicht enthalten. Die AbL Bayern hat bereits im Juli angesichts von Hitze und Trockenheit in Franken eine konsequente Ausrichtung der Agrarpolitik auf Klimaresilienz gefordert: mit langfristig finanzierten Programmen für Humusaufbau, Hecken, Agroforst und Wasserrückhalt in der Fläche – einer bayerischen „Schwammlandschaft“. Die hohe Beteiligung am Kulturlandschaftsprogramm mit mehr als 60.000 Antragstellern zeigt, wie viel Bäuerinnen und Bauern freiwillig für Boden, Wasser und Artenvielfalt leisten. Diese Bereitschaft braucht verlässliche und auskömmliche Honorierung statt jährlicher Unsicherheit. Beim Ökolandbau bleibt Bayern mit rund 14 Prozent Fläche weit hinter dem selbst gesteckten Ziel von 30 Prozent bis 2030 zurück.

Die Forderungen der AbL Bayern

– Eine Agrarförderung nach dem Grundsatz „viele Höfe statt wenige große“: Kappung und Degression der Direktzahlungen, Förderung nur für aktiv wirtschaftende Betriebe, Honorierung gesellschaftlicher Leistungen statt pauschaler Flächenprämien und eine gestaffelte Investitionsförderung.

– Faire, kostendeckende Erzeugerpreise und eine stärkere Marktstellung der Bäuerinnen und Bauern, insbesondere verbindliche Lieferverträge mit Preis und Menge im Milchmarkt.

– „Bauernland in Bauernhand“: ein bayerisches Agrarstrukturgesetz, das Boden für aktive Landwirtinnen und Landwirte sichert und Spekulation durch außerlandwirtschaftliche Investoren eindämmt.

– Eine Existenzgründungsprämie und eine echte Junglandwirteförderung in der GAP nach 2027.

– Ein langfristig finanziertes Programm für Klimaanpassung und Wasserrückhalt in der Fläche.

– Ein verbindlicher Fahrplan, wie Bayern das Ziel von 30 Prozent Ökolandbau bis 2030 noch erreichen will.

Der Bayerische Agrarbericht 2026 ist unter www.agrarbericht.bayern.de abrufbar. Pressemitteilung des Landwirtschaftsministeriums: www.stmelf.bayern.de/service/presse/pm/2026/agrarbericht/index.html · Stellungnahme der Landtags-Grünen: www.gruene-fraktion-bayern.de/themen/landwirtschaft-wald/hoefesterben-in-bayern-erstmals-weniger-als-100000-betriebe/

Über die AbL Bayern

Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, Landesverband Bayern e.V., setzt sich seit 25 Jahren für eine bäuerliche, vielfältige und zukunftsfähige Landwirtschaft in Bayern ein. Sie vertritt die Interessen bäuerlicher Familienbetriebe – konventionell wie ökologisch wirtschaftend – und engagiert sich für faire Erzeugerpreise, eine gerechte Agrarpolitik sowie lebendige ländliche Räume. Weitere Informationen unter www.abl-bayern.info.

Pressekontakt
Johannes Schreiber, Landesgeschäftsführer
Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, Landesverband Bayern e.V.
Telefon 0174 188 62 88 · schreiber@abl-bayern.info